
Wolfgang König / Georg Streit

Das neue Vergaberecht

Inklusive Mustervorlagen
und Checklisten für
Ausschreibung, Angebot
und Vergabe

Band 2



Stand:
Dezember 2007



FVH FORUM VERLAG HERKERT GMBH
Handelskai 388
1020 Wien
Tel. 01/728 54 84-20
Fax 01/728 54 84-84
service@forum-verlag.at

Aktuelle Informationen über unser
Verlagsprogramm erhalten Sie auch
auf unserer Homepage:
www.forum-verlag.at

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://www.ddb.de> abrufbar.

© FVH Forum Verlag Herkert GmbH · Wien
Alle Angaben in diesem
Verlagsprodukt sind ohne Gewähr.
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Vervielfältigung –
auch auszugsweise – nicht gestattet.

Satz: TextLift · 86150 Augsburg
Druck: Druckerei Walla · 1050 Wien
Printed in Austria 2007

Grundwerk inkl. 20. Aktualisierungslieferung
ISBN 978-3-86586-045-3

10 Arbeitshilfen

Inhaltsverzeichnis

- 10.1 Checklisten
 - 10.1.1 Vergabe des Auftrags
 - 10.1.1.1 Vergabe des Auftrags durch öffentliche Auftraggeber
 - 10.1.1.2 Vergabe des Auftrags durch Sektorenauftraggeber
 - 10.1.2 Dokumentationspflichten gem. Bundesvergabegesetz 2006
 - 10.1.3 Dauer der Stillhaltefrist ab Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung
 - 10.1.4 Verfahrensablaufskizzen
 - 10.1.4.1 Offenes Verfahren
 - 10.1.4.2 Nicht offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung
 - 10.1.4.3 Nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung
 - 10.1.4.4 Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung
 - 10.1.4.5 Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung
 - 10.1.4.6 Rahmenvereinbarung
 - 10.1.4.7 Wettbewerblicher Dialog
 - 10.1.4.8 Direktvergabe
 - 10.1.4.9 Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen
- 10.2 Wichtige Adressen / nützliche Links
 - 10.2.1 Bundesvergabeamt
 - 10.2.2 Hilfreiche Internetadressen

- 10.3 Musterschreiben
- 10.3.1 Nachfristsetzung für Eignungs- bzw. Auswahlnachweise
- 10.3.2 Zusageschreiben Teilnahmeantrag im Verhandlungsverfahren / nicht offenen Verfahren
- 10.3.3 Absageschreiben an Bewerber im Verhandlungsverfahren / nicht offenen Verfahren
- 10.3.4 Abfrage gemäß § 28b Ausländerbeschäftigungsgesetz (§ 73 Abs. 1 BVergG)
- 10.3.5 Verständigung von der Zuschlagsentscheidung
- 10.3.6 Auftragsschreiben
- 10.3.7 Begriffsübersicht

10.1 Checklisten

10.1.1 Vergabe des Auftrages

10.1.1.1 Vergabe des Auftrages durch öffentliche Auftraggeber

Die Checkliste zeigt die einzelnen Verfahrensschritte bei der Vergabe des Auftrages auf. Sie enthält die wesentlichen Punkte, kann aber eine individuelle Anpassung an konkrete Anforderungen im Einzelfall nicht ersetzen.

1. Feststellung des konkreten Bedarfs sowie der erforderlichen Finanzierung

- Feststellung eines bestimmten Bedarfs einer Lieferung oder Dienstleistung durch Markterhebung
- Sicherstellung der Finanzierung durch Einholen entsprechender Zusagen
- Überprüfung der Restlaufzeit von Altverträgen
- Schätzung des Auftragswerts
- Berücksichtigung vergabefremder Kriterien (Umweltbelange etc.)

2. Festlegung der Verantwortungsbereiche

- Zusammenstellung eines Projektteams (Projektleiter, Ansprechpartner, Protokollführer, Vergabekommission etc.)
- Zuordnung der Verantwortungsbereiche / interne Projektkoordination
- Überprüfung der internen Entscheidungs-/Genehmigungsabläufe

- Entscheidung über die Beiziehung externer Berater (Techniker, Rechtsanwalt etc.)
- Eigenständige Abwicklung der Ausschreibung oder Ausschreibung durch vergebende Stelle (privater Fachmann oder spezialisiertes Unternehmen)

3. Auftraggeberbegriff (§§ 3 und 163 ff. BVergG)

- Öffentlicher Auftraggeber
- Sektorenauftraggeber
- Subventionierung eines Privaten zu mehr als 50% durch die öffentliche Hand

4. Beachtung möglicher (teilweiser) Ausnahmen vom gesetzlichen Geltungsbereich

- § 10 BVergG
- Inhouse-Konstellationen (§ 10 Z 7 BVergG)
- Dienstleistungskonzessionen (§ 11 BVergG)

5. Ermittlung des Schwellenwertes (§§ 12 ff. BVergG)

- Ermittlung des maßgeblichen Schwellenwertes:
 - Schätzung des Auftragswertes ohne Umsatzsteuer
 - Verbot des Auftragssplittens
 - Maßgeblicher Zeitpunkt: Tag der Absendung der Bekanntmachung oder die sonstige Einleitung des Vergabeverfahrens
 - Grundsätzlich Berücksichtigung aller Lose und Optionen
 - Besonderheiten für zeitlich begrenzte und regelmäßige Aufträge sowie Daueraufträge sind zu beachten

- Überschreitung des maßgeblichen Schwellenwertes: EU-weite Ausschreibung
- Unterschreiten des maßgeblichen Schwellenwertes: nationale Ausschreibung

6. Rechtsgrundlagen

- Im Oberschwellenbereich
 - EU-Primärrecht
 - EU-Vergaberichtlinien
 - BVergG 2006
- Im Unterschwellenbereich
 - EU-Primärrecht
 - BVergG 2006 (insbesondere §§ 37 ff., 55, 64 ff., 78, 100)
 - bei nicht prioritären Dienstleistungen (vgl. Punkt 7): § 141 BVergG

7. Bestimmung der Auftragsart (§ 4 ff. BVergG)

- Lieferauftrag
- Bauauftrag
- Dienstleistungsauftrag (prioritär / nicht-prioritär; § 6 BVergG und § 9 BVergG)
- Baukonzession / Dienstleistungskonzession
- Beachtung der Überwiegensregeln (main object test vs. main value test)
- Festlegung der Kategorie und Beschreibung des Auftrages nach der CPC-/CPV-Nomenklatur (§ 51 BVergG)

8. Wahl der richtigen Verfahrensart (§§ 25 ff. BVergG)

- Im Oberschwellenbereich (§§ 27 ff. BVergG):
 - Offenes Verfahren mit Bekanntmachung

- Nicht offenes Verfahren mit Bekanntmachung
- Verhandlungsverfahren mit oder ohne Bekanntmachung
- elektronische Auktion
- Rahmenvereinbarung
- dynamisches Beschaffungssystem
- wettbewerblicher Dialog
- Im Unterschwellenbereich:
 - Alle Verfahren aus dem Oberschwellenbereich
 - Nicht offenes Verfahren ohne Bekanntmachung
 - Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung
 - geladener Wettbewerb
 - Rahmenvereinbarung nach Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung
 - Direktvergabe
- Grundsatz: Ausschreibung im offenen bzw. nicht offenen Verfahren mit Bekanntmachung (§ 27 BVergG)
- Ausnahmetatbestand der Dringlichkeit nur eingeschränkt zulässig
- Wahl der Verfahrensart ist in einem Aktenvermerk kurz zu begründen

9. Gesamt- und getrennte Ausschreibung / Teilvergabe (§ 22 BVergG)

- Aufteilung besonders umfangreicher Leistung in Lose, wenn dies nach Art und Umfang der Leistung zweckmäßig ist
- Zerlegung möglich nach Menge und Art (z. B. Gebietslose, zeitliche Gliederung)

- Keine unwirtschaftliche Zersplitterung der Leistung durch die Losbildung
- Angaben über Teilung der Leistung in Lose, den Umfang der Lose und deren mögliche Vergabe an verschiedene Bieter sind in der Bekanntmachung und Aufforderung zur Angebotsabgabe zu machen
- Teilvergabe oder Vorbehalt einer Teilleistungsvergabe unzulässig

10. Festlegung des Zeitplans / Wege der Informationsübermittlung

- Zeitrahmen für die Erstellung der Vergabedokumentation: Erstellung des Bekanntmachungsformulars, der Unterlagen für einen Teilnahmeantrag bzw. der Ausschreibung selbst, Festlegung von Eignungs-, Auswahl- und Zuschlagskriterien sowie entsprechender Bewertungsschemata
- Festlegung des Zeitplans auf Grundlage der gesetzlichen (Mindest-)Fristen (§§ 56 ff. BVergG) sowie der projektspezifischen Eigenheiten (Ortsbesichtigungen, verlängerte Angebotsfristen, besonderer Prüfungsbedarf beim Auftraggeber, Nachfristen zur Nachreichung von Unterlagen, Anzahl der Verhandlungsrunden etc.)
- Abstimmung mit externen Beratern
- Festlegung der Wege der Informationsübermittlung (elektronisch / herkömmlich, siehe § 43 BVergG)

11. Der Aufbau und Inhalt von Ausschreibungsunterlagen (§§ 79 ff. BVergG)

Im offenen Verfahren erhält jeder Interessent die Ausschreibungsunterlagen. In Verfahren, in denen vom Auftraggeber eine Vorauswahl zu treffen ist, ergehen die Ausschreibungsunterlagen nur an Bewerber, deren Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit überprüft wurde bzw. die die vom Auftraggeber zusätzlich festzulegenden Auswahlkriterien bestmöglich erfüllen.

Es empfiehlt sich aus Gründen der Klarheit die Ausschreibungsunterlage in mehrere Teile zu gliedern. Eine in der Praxis bewährte Gliederung einer Ausschreibungsunterlage sieht wie folgt aus:

Teil 1 Grundlagen und Bietererklärungen

- Beschreibung des Auftraggebers
- Definition der Rahmenbedingungen und des Beschaffungsziels
- Darstellung des Auftragswerts
- Nennung der Vergabekontrollbehörde
- Erklärungen zur Eignung, zum Angebot, zur Preisbildung, zur Geheimhaltung, zur Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen etc.

Teil 2 (Vergaberechtliche) Verfahrensbestimmungen

- Beschreibung der Verfahrensart
- des Verfahrensablaufs
- der Zuschlagskriterien
- der Preisbildung etc.

Teil 3 Zivilrechtliche Vertragsbestimmungen

- Angabe eines (Muster-)Vertragstextes, insbesondere in Anlehnung an ÖNORMEN oder standardisierte Leistungsbeschreibungen (§ 99 BVergG)

- Neben den vergaberechtlichen Vorgaben sind selbstverständlich weiterhin alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen bzw. zivilrechtlichen Normen zu beachten (ABGB, UrhG, DSG, KartG, GewO etc.)

Teil 4 Technische Leistungsbeschreibung

- Erstellen einer eindeutigen, vollständigen und neutralen Leistungsbeschreibung unter Beachtung der Festlegungen in den §§ 96 ff. BVergG

Teil 5 Sonstige Unterlagen

- Angabe sonstiger Dokumente (wie Projektpläne, Studien etc.), die der Ausschreibungsunterlage als Beilage angeschlossen sind

11.1 Grundlagen und Bietererklärungen

- Präambel
- Festlegung des Beschaffungsziels unter Beschreibung der Rahmenbedingungen
- Auftraggeber / vergebende Stelle
 - Angaben zur Person des Auftraggebers, der tatsächlich Vertragspartner des Zuschlagsempfängers wird
 - Angaben der mit der Durchführung des Vergabeverfahrens betrauten Organisationseinheit, des Auftraggebers bzw. des vom Auftraggeber beauftragten Dritten
- Zustelladresse
 - Festlegung der Wege der Informationsübermittlung, zwingende Bekanntgabe einer Fax-Nummer oder einer elektronischen Adresse, an die Informationen rechtsgültig übermittelt werden können (§ 43 Abs. 6 BVergG)

- Gesetzliche Grundlagen
 - Angabe, ob die Vergabe der ausgeschriebenen Leistung nach den Bestimmungen des BVergG 2006 für den Ober- oder den Unterschwellenbereich und den hierzu ergangenen Verordnungen erfolgt.
 - Die Angabe der Verfahrensart ist zu empfehlen
 - Angabe der zuständigen Vergabekontrollbehörde
- Definitionen

Siehe die Legaldefinitionen in § 2 BVergG, unter Umständen zu ergänzen durch eigene Abkürzungen bzw. Begriffe
- Vergütung der Angebote

Anmerkung, dass Angebote grundsätzlich ohne Anspruch auf Vergütung zu erstellen sind (§ 111 BVergG; zur Ausnahme siehe Abs. 3 leg cit.)
- Geheimhaltungserklärung des Bieters über Informationen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren
- Urheberrecht auf die Ausschreibung / Vertraulichkeit (vgl. § 23 BVergG)

Zum Schutz von Ausschreibungsunterlagen (diese können Werke nach § 1 UrhG sein) sollte die Weitergabe der Unterlagen untersagt und die Behandlung als vertraulich vereinbart werden.
- Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen (§ 84 BVergG)
- Bietererklärungen (etwa § 20 Abs. 4 BVergG oder § 20 Abs. 1 BVergG)

11.2 Vergaberechtliche Verfahrensbestimmungen

- Keine gebietsmäßigen Beschränkungen oder Beschränkung der Teilnahme auf einzelne Berufsstände (§ 19 Abs. 3 BVergG)
- Wenn möglich, Offenlegung der Mitwirkung von Dritten an der Vorbereitung einer Ausschreibung, ansonsten Dokumentation (§ 79 Abs. 8 BVergG)
- Zulassung von Bietergemeinschaften
Verlangen einer Erklärung der Mitglieder, im Auftragsfall eine bestimmte Rechtsform anzunehmen (§ 20 Abs. 2 BVergG)
- Festlegung, ob die Abgabe von Angeboten in elektronischer Form zulässig ist (§§ 43 und 91 BVergG); Angaben zu elektronischen Angeboten (§ 91 ff. BVergG)
- Form des Angebotes (§§ 107 ff. BVergG)
Erstellung in deutscher Sprache und Bepreisung in EUR
Form der Einreichung
Hinweis zu Korrekturmöglichkeiten
- Einsichtsmöglichkeit in Unterlagen/Ortsbesichtigung
Möglicherweise eine Verpflichtung zur Einsichtnahme
- Festlegung der Fristen (Anfragemöglichkeiten, Anfragebeantwortungen, Stellung von Teilnahmeanträgen, Festlegung der Angebotsfrist und Zuschlagsfrist)
- Klarstellung bei der Fristenberechnung (siehe § 56 BVergG)
- Bekanntgabe, ob der Zuschlag dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot oder dem Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt werden soll (§ 80 Abs. 3 BVergG bzw. § 100. Fehlt diese Angabe, gilt das Billigstbieterprinzip)

- Angabe der Zuschlagskriterien im Verhältnis der diesen zuerkannten Bedeutung (Festlegung einer Marge in bestimmten Fällen möglich, siehe § 80 BVergG)
- Zuschlagsfrist (§ 112 BVergG)
max. 5 Monate, in Ausnahmefällen 7 Monate; fehlt die Fristsetzung in den Unterlagen, Zuschlagsfrist nur 1 Monat
- Preiserstellung (§ 24 BVergG)
Festlegung der Preise nach dem Preisangebotsverfahren oder dem Preisaufschlags- und Nachlassverfahren
Angabe von Pauschal-, Einheits-, oder Regiepreisen
Vorgabe von festen oder veränderlichen Preisen
- (Mögliche) Angabe der als wesentlich geltenden Positionen für vertiefte Angebotsprüfung (§ 80 Abs. 4 BVergG)
- Angabe, ob rechnerisch fehlerhafte Angebote gemäß § 126 Abs. 4 BVergG ausgeschieden werden, oder ob eine Vorreihung infolge der Berichtigung eines Rechenfehlers zulässig ist (§ 80 Abs. 6 BVergG)
- Aufnahme von Bestimmungen über die Zulässigkeit von Subunternehmern (§ 83 BVergG)
- Angabe, wie die an einem Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmer in allgemeiner Weise von der Einleitung eines Feststellungsverfahrens verständigt werden
- Entscheidung über Sicherungsmittel (§ 85 BVergG),
beispielsweise Vadium (§ 86 BVergG)
 - Festlegung der Höhe (max. 5% des geschätzten Auftragswerts)
 - Festlegung, dass der Nachweis über den Erlag des Vadiums dem Angebot beizulegen ist und

das Fehlen eines solchen Nachweises einen unbehebbarer Mangel darstellt

- Eine Verwertung von im Zuge des Vergabeverfahrens durch Bewerber oder Bieter erstellten Ausarbeitungen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen zulässig (§ 23 BVergG)
- Bei Bauaufträgen: Rücksichtnahme auf die einschlägigen Vorschriften des barrierefreien Bauens (§ 87 BVergG)
- Widerrufsmöglichkeit
u. U. Hinweis, dass sich der Auftraggeber einen Widerruf aus zwingenden Gründen vorbehält (eventuell Ankündigung zwingender Gründe)
- Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung / Beauftragungsmodalitäten (§§ 131 BVergG und 133 f. BVergG)
- Rechtsgültige Unterfertigung
Es ist nur eine Stelle für eine rechtsgültige Unterfertigung vorzusehen.

11.3 Zivilrechtliche Vertragsbestimmungen

- Die Beschreibung der Leistung und die sonstigen Bestimmungen sind so abzufassen, dass sie in derselben Fassung sowohl für das Angebot als auch für den Leistungsvertrag verwendet werden können (§ 79 Abs. 4 BVergG).
- Die Vertragsbestimmungen müssen so ausreichend präzisiert sein, dass sie den Bietern eine klare Vorstellung über die rechtlichen Bedingungen vermitteln und dem Auftraggeber die Vergabe des Auftrages ermöglichen; § 79 i. V. m. § 99 BVergG (in diesem Zusammenhang sei auf das Verhandlungsverbot bei offenen und nicht offenen Verfahren verwiesen).
- Da der vorgeschriebene Text der Ausschreibungsunterlagen weder geändert noch ergänzt werden

darf (§ 106 Abs. 1 BVergG), ist die Abgabe eines Angebotes unter Zugrundelegung der eigenen AGB des Bieters (außerhalb eines Alternativangebotes) bzw. die nachträgliche Einräumung von Preisnachlässen, Skonti etc. unzulässig.

- Die rechtlichen Bedingungen dürfen keine unkalkulierbaren Risiken für den Bieter beinhalten.
- Mögliche Diskriminierungen oder mögliche Wettbewerbsvorteile einzelner Bieter durch die Ausgestaltung des rechtlichen Regelwerkes sind zu vermeiden.
- Bei der Gestaltung des Regelwerkes ist auf die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Bestimmungen zu achten.
- Gemäß § 915 Abs. 2 ABGB gehen unklare Formulierungen zu Lasten des Formulierenden, also des Auftraggebers.

11.4 Leistungsbeschreibung/-umfang

- Die Beschreibung hat eindeutig, vollständig und neutral zu erfolgen (§ 96 Abs. 1 BVergG).
- Die Beschreibung darf nicht so erfolgen, dass bestimmte Bieter von vornherein Wettbewerbsvorteile genießen.
- Es dürfen keine umfangreichen Vorarbeiten auf Bewerberseite erforderlich sein (ansonsten Vergütung).
- Die Vergleichbarkeit der Angebote muß sichergestellt sein.
- Aus der Beschreibung müssen sowohl der Zweck der fertigen Leistung als auch die an die Leistung gestellten Anforderungen in technischer, wirtschaftlicher, gestalterischer, funktionsbedingter und sonstiger Hinsicht erkennbar sein.
- Angabe aller für die Erstellung eines Angebotes maßgeblichen Bedingungen und Umstände.

- Konstruktive Leistungsbeschreibung hat technische Spezifikationen zu enthalten (Pläne, Zeichnungen etc.)
- Möglichkeit zur Bildung von Teilangebotspreisen, wenn Teilvergabe vorgesehen (§ 79 Abs. 5 BVergG).
- Möglichkeit zur Bildung von Variantenangebotspreisen, wenn Varianten vorgegeben (§ 79 Abs. 6 BVergG).
- Sonstige Anforderungen an die Leistungsbeschreibung:
 - ungewöhnliche Anforderungen an die Beschaffenheit nur soweit, wie es unbedingt nötig ist
 - verkehrsübliche Bezeichnungen, Bezugnahme auf einschlägige Normen möglich
 - bestimmte Erzeugnisse oder Verfahren sowie bestimmte Ursprungsorte und Bezugsquellen dürfen nur dann ausdrücklich genannt werden, wenn dies durch die Art der Leistung gerechtfertigt ist
 - Bezeichnungen, wie Markennamen, dürfen nur verwendet werden, wenn eine Beschreibung durch hinreichend genaue, allgemein verständliche Angaben nicht möglich ist. Dabei ist der Zusatz „oder gleichwertiger Art“ zu verwenden
 - Forderung von Angaben über Herkunft oder Hersteller nur, wenn dies für die Beurteilung der Güte von Stoffen, Teilen oder Erzeugnissen unentbehrlich ist
- Zusätzliche Anforderungen bei EU-weiten Ausschreibungen:
 - Technische Anforderungen sind unter Bezugnahme auf europäische Spezifikationen festzulegen

- Ausnahmen sind so weit wie möglich in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen bzw. dem Aufruf zum Wettbewerb anzugeben
- Gesamt-/Teilvergabe:
 - Festlegung, ob der Zuschlag aller Leistungen nur im Paket (Generalunternehmer-Ausschreibung) oder Gewerkweise erteilt wird (Achtung: Beachtung der Ankündigung in der Bekanntmachung).
 - Bei losweiser Vergabe sind die Lose zu beschreiben und gegeneinander abzugrenzen.
 - Optionaler Abruf einzelner Lose wäre anzudenken.
- Varianten (§ 2 Z 38 BVergG)
Vorgabe einer Ausschreibungsvariante durch den Auftraggeber
- Alternativangebot (§ 81 BVergG)
 - Festlegung, ob Alternativangebote zulässig sind; fehlt diese, sind Alternativangebote nicht zulässig
 - Alternativofferte neben einem ausschreibungskonformen Hauptangebot zulässig
 - Festlegung der Mindestanforderungen für ein Alternativangebot sowie der Art und Weise der Einreichung
 - Alternativofferte ist als solches zu kennzeichnen
- Abänderungsangebote (§ 82 BVergG)
 - zulässig, wenn nicht ausgeschlossen
 - Festlegung, ob nur neben oder unabhängig von einem Hauptangebot zulässig
 - Festlegung der Art und Weise der Einreichung
- Optionen
 - Festlegung, ob bestimmte Leistungsteile optional abgerufen werden (zeitlich oder mengenmäßig)

- Beschreibung der Voraussetzungen, unter denen der Abruf einer Option wahrscheinlich ist
- Klarstellung, dass kein Rechtsanspruch auf Optionsausübung besteht
- Empfehlenswert ist die Vereinbarung der Schriftform für den Abruf der Option

12. Bekanntmachung (§§ 46 ff. BVergG)

- Bestimmungen im Oberschwellenbereich (§ 50 ff. BVergG):
 - Verwendung der Standardformulare (<http://simap.eu.int>) in deutscher Sprache (max. 650 Worte, außer bei elektronischer Übermittlung)
 - Beschreibung des Auftragsgegenstandes unter Verwendung des CPV
 - muss (unverzüglich) dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG zugeleitet werden (per E-Mail, ausnahmsweise per Fax)
 - wird kostenlos spätestens zwölf Tage nach Absendung im Supplement zum Amtsblatt der EG veröffentlicht
 - Veröffentlichungen in nationalen Publikationsorganen dürfen nicht vor dem Tag der Absendung und nur gleich lautend erfolgen (Publikationsorgane sind per Verordnung festzulegen); im Anwendungsbereich des BVergG hat die Veröffentlichung im Amtlichen Lieferanzeiger zu erfolgen (www.lieferanzeiger.at)
 - Nationale Bekanntmachung darf nicht über EU-Bekanntmachung hinausgehen
- Bestimmungen für den Unterschwellenbereich (§ 55 BVergG)
 - Auftraggeber, die in den Vollziehungsbereich des Bundes fallen, haben Bekanntmachungen unentgeltlich im Internet bereit zu stellen.

- Bei Bekanntmachung durch Aushang oder auf elektronischem Weg muss die Verfügbarkeit der Inhalte zumindest bis zum Ablauf der Bewerbungs- oder Angebotsfrist gewährleistet sein.
- Bekanntmachungen sollen mindestens die in Anhang XV BVergG angeführten Angaben enthalten.

13. Angebots- und Bewerbungsfristen (§§ 56 ff. BVergG)

- Die Fristenberechnung im BVergG erfolgt – abgesehen von den für Nachprüfungs- und Feststellungsverfahren geltenden Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes – gemäß § 903 ABGB. Der Fristenlauf ist durch Samstage und den Karfreitag gehemmt.
- Bei der Fristenberechnung zählen die Kalendertage, nicht die Arbeitstage.
- Bemessung der Angebotsfrist, dass unter Berücksichtigung des Postlaufs hinreichend Zeit zur Angebotserstellung bleibt (§ 57 Abs. 1 BVergG)
- Nachweisliche Bekanntgabe (u. U. auch Bekanntmachung) einer Fristverlängerung bei Berichtigung der Ausschreibung gemäß § 90 BVergG und wenn Berichtigung wesentlichen Einfluss auf Angebotserstellung hat (§ 57 Abs. 2 BVergG) oder wenn Ausschreibungsunterlagen, ergänzende Unterlagen oder angeforderte Auskünfte nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen zugesandt werden können (§ 58 Abs. 3 BVergG)
- Bestimmungen im Oberschwellenbereich:
 - Offenes Verfahren: mindestens 52 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der Bekanntmachung. Verkürzte Frist möglich bei elektronischem Verfahren (§ 62 BVergG)

- Nicht offenes Verfahren und wettbewerblicher Dialog: mindestens 37 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der schriftlichen Aufforderung zur Teilnahme. Angebotsfrist: 40 Tage
- Verhandlungsverfahren mBK: Frist entsprechend dem nicht offenen Verfahren
- Bei Vorinformation verkürzte Frist möglich (22 Tage; § 61 BVergG)
- Bei beschleunigtem Verfahren aus Gründen der Dringlichkeit auch verkürzte Fristen möglich (§ 63 BVergG)
- Bestimmungen im Unterschwellenbereich:
 - Nicht offenes Verfahren mBk und Verhandlungsverfahren mBk: Eingang der Teilnahmeanträge: 14 Tage
 - Offenes und nicht offenes Verfahren: mindestens 22 Tage für den Eingang der Angebote (Verkürzung in besonders begründeten Fällen möglich; §§ 66 und 67 BVergG)
 - Beschränkte Ausschreibungen: ausreichende Frist
 - Direktvergabe: Es kann von einer Angebotsfrist abgesehen werden
 - nicht prioritäre Dienstleistungen: „angemessene Frist“

14. Übergabe der Angebotsunterlagen / ergänzende Auskünfte / Kosten (§§ 58 und 90 BVergG)

- Die Übergabe von Ausschreibungsunterlagen hat
 - im offenen Verfahren – an interessierte Unternehmer unverzüglich, spätestens innerhalb von sechs Tagen nach Eingang des Antrages zu erfolgen (§ 58 BVergG – elektronische Übermittlung möglich).

- Zusätzliche Auskünfte über die Ausschreibungsunterlagen sind unverzüglich, jedenfalls aber spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsabgabefrist zu erteilen (bei beschleunigten oder nicht offenen Verfahren vier Tage).
- Zur Einsichtsmöglichkeit in Unterlagen und zur Möglichkeit der Anfertigung von Abschriften siehe § 88 Abs. 3 BVergG.
- bei offenen Verfahren kann der Auftraggeber Herstellungskosten und allfällige Portospesen verlangen; die Kosten sollten bereits in der Bekanntmachung bekannt gegeben werden.
- Bei den übrigen Verfahrensarten: Entgelt nur in begründeten Fällen.

15. Entgegennahme eingehender Angebote (§ 117 ff. BVergG)

- Eingehende schriftliche Angebote dürfen nicht geöffnet werden. Der ungeöffnete Umschlag ist mit einem Eingangsvermerk (Datum und Uhrzeit) zu versehen und in der Reihenfolge seines Einlangens in ein Verzeichnis einzutragen. Schriftliche Angebote sind bis zur Öffnung unter Verschluss zu halten
- Elektronische Angebote sind entsprechend zu kennzeichnen (Zeitstempel) und unter Verschluss zu halten
- Auftraggeber darf erst nach Ende der Angebotsfrist vom Inhalt des Angebots Kenntnis erlangen

16. Öffnung der Angebote (§ 118 ff. BVergG)

- Soll unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist angesetzt werden.
- Hat durch Kommission (mind. drei sachkundige Vertreter) zu erfolgen.

- Die Angebotsöffnung ist grundsätzlich öffentlich (Ausnahme: Verhandlungsverfahren).
- Feststellung vor Öffnung, ob
 - die Angebote ordnungsgemäß verschlossen sind, und
 - vor Ablauf der Angebotsfrist bei der für den Eingang als zuständig bezeichneten Stelle eingegangen sind
 - verspätete Angebote sind nicht zu öffnen und als verspätet eingelangt zu kennzeichnen
- Danach Öffnung der Angebote, fortlaufende Nummerierung, Kontrolle der Unterfertigung, Feststellung des Inhalts/der Teile, deutliche Kennzeichnung in allen wesentlichen Teilen einschließlich der Anlagen (Auswechseln von Bestandteilen muss unmöglich sein)
- Verlesung des Inhalts und Anfertigung einer Niederschrift (§ 118 Abs. 5 BVergG):
- Unterzeichnung der Niederschrift durch Kommissionsmitglieder
- Abschrift der Niederschrift kann an teilnahmeberechtigte Bieter ausgehändigt werden; in allen anderen Fällen ist die Niederschrift vertraulich zu behandeln und gemeinsam mit den Angeboten, den Umschlägen etc. sorgfältig zu verwahren und vertraulich zu behandeln.
- Bei elektronischen Angeboten siehe §§ 119 ff. BVergG

17. Prüfung der Angebote (§ 122 ff. BVergG)

- Nur durch fachlich geeignete Personen
- Prüfung der Angebote in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach den in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Kriterien (zu den einzelnen Prüfungsinhalten siehe § 123 Abs. 2 BVergG).

- Vertiefte Angebotsprüfung, Prüfung der Preisangemessenheit bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 125 BVergG
- Verlangen von Aufklärung bei Unklarheiten notwendig (§ 126 BVergG)
- Über das Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift zu verfassen (§ 128 BVergG).

18. Verhandlungen/Aufklärungsgespräche mit Bietern

- Im offenen und nicht offenen Verfahren darf mit den Bietern über keine Angebotsinhalte verhandelt werden; ausgenommen Verhandlungsverfahren; Unzulässigkeit reiner Preisverhandlungen (§§ 101 Abs. 4 BVergG);
- Aufklärungsgespräche nur zulässig im Rahmen des § 127 Abs. 1 BVergG;
- Vertrauliche Behandlung, kommissionelle Führung und schriftliche Niederlegung der Gründe und der Ergebnisse;
- Verhandlungsverfahren: Ablauf siehe § 105 BVergG (Shortlisting zulässig)

19. Ausscheiden von Angeboten / Wertung der Angebote (§ 129 ff. BVergG)

- Zwingender bzw. einem Beurteilungsspielraum unterliegender Ausschluss von Angeboten, die bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllen (§ 129 BVergG);
- Die Ausscheidensentscheidung ist den Bietern mitzuteilen.
- Ermittlung des wirtschaftlichsten / günstigsten Angebots, auf das der Zuschlag zu erteilen ist.
- Gründe für die Zuschlagsentscheidung sind schriftlich festzuhalten und verbal zu beschreiben.

20. Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung (§ 131 BVergG)

- Unverzügliche und nachweisliche Mitteilung per Telefax oder elektronisch (ausnahmsweise per Brief) an die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, die Merkmale und Vorteile des Angebots des Bestbieters, die Gründe für die Ablehnung, die Vergabesumme und das Ende der jeweiligen Stillhaltefrist
- Ein unter Verstoß gegen diese Bestimmung erfolgter Zuschlag ist nichtig.
- Zu den Ausnahmen, bei denen eine Mitteilung gemäß § 132 BVergG unterbleiben kann, siehe § 132 Abs. 1 BVergG.
- Die Stillhaltefrist beträgt grundsätzlich 14 Tage gerechnet ab Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung (zur Verkürzung siehe § 132 BVergG).

21. Beendigung des Vergabeverfahrens (§ 135 ff. BVergG)

- Ein Vergabeverfahren endet entweder durch Zuschlagserteilung oder Widerruf des Vergabeverfahrens.
- Beim Widerruf ist zwischen dem Widerruf während der Angebotsfrist und nach Ablauf der Angebotsfrist zu unterscheiden.
- zwingender Widerruf (§ 139 Abs. 1 und § 138 Abs. 1 BVergG)
- möglicher Widerruf (§ 139 Abs. 2 und § 138 Abs. 2 BVergG)
- Bieter sind unter Angabe der Gründe unverzüglich davon zu unterrichten; (Widerrufsentscheidung; § 140 BVergG)

- Stillhaltefrist (in der Regel 14 Tage; vgl. § 140 Abs. 3 BVergG) vor Erklärung des Widerrufs; vor Ablauf der Stillhaltefrist darf ein neues Vergabeverfahren über den gleichen Auftragsgegenstand nicht eingeleitet werden.
- Achtung: Die Entscheidung des Auftraggebers, ein Vergabeverfahren zu widerrufen, ist nun bekämpfbar.

22. Wirksamkeit und Form des Vertragsabschlusses (§§ 133 und 134 BVergG)

- Während der Zuschlagsfrist kommt das Vertragsverhältnis mit Zugang der schriftlichen Verständigung von der Annahme des Angebotes beim Auftragnehmer zustande. Der Zuschlag soll möglichst vor Ablauf der Zuschlagsfrist erteilt werden.
- Ist die Zuschlagsfrist überschritten oder weicht der Auftrag vom Angebot ab, entsteht das Vertragsverhältnis erst mit der schriftlichen Annahmeerklärung des Bieters (dem Bieter ist eine angemessene Frist einzuräumen).
- Erteilung durch Auftragsschreiben, Bestellschein oder Schlussbrief; der Auftraggeber kann auch eine unterfertigte Auftragsbestätigung (Gegenschlussbrief) vom Auftragnehmer verlangen.
- Besteht der Inhalt des Vertrages außer aus dem Angebot auch aus anderen Schriftstücken, sind sämtliche Schriftstücke anzuführen.

23. Vergabevermerk und Dokumentationspflichten (§ 136 BVergG)

- Das Verfassen eines Vergabevermerks ist zwingend, ausgenommen bei einer Direktvergabe und bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 136 Abs. 3 BVergG (zum Mindestinhalt siehe § 136 Abs. 1 BVergG):

- Besonderes Augenmerk ist dabei auf die verbalen Begründungen zu legen.
- Besondere Archivierungspflicht bei elektronischen Verfahren (§ 137 BVergG)

24. Bekanntmachung über vergebene Aufträge (§ 54 BVergG)

- Im Oberschwellenbereich sind vergebene Aufträge und das Ergebnis von Wettbewerben binnen 48 Tagen nach Zuschlagserteilung unter Verwendung der Standardformulare dem Amt für amtliche Veröffentlichungen bekannt zu geben.
- Bei Dienstleistungsaufträgen gemäß Anhang IV haben die Auftraggeber anzugeben, ob sie mit der Veröffentlichung einverstanden sind.
- Auf die Verpflichtung zur Übermittlung von Unterlagen (§ 45 BVergG) sowie die statistischen Verpflichtungen (§ 44 BVergG) wird hingewiesen.
- Im Unterschwellenbereich entfällt die nachträgliche Bekanntmachung.
- Zu den Statistischen Verpflichtungen siehe § 44 BVergG.

25. Besondere Auftrags- oder Verfahrensarten

- nicht prioritäre Dienstleistungen: § 141 BVergG
- Baukonzessionsaufträge: §§ 142 ff. BVergG
- elektronische Auktion: §§ 146 ff. BVergG
- Rahmenvereinbarungen: §§ 150 ff. BVergG
- Wettbewerbe: §§ 153 ff. BVergG
- dynamisches Beschaffungssystem: §§ 156 ff. BVergG
- wettbewerblicher Dialog: §§ 159 ff. BVergG

10.1.1.2 Vergabe des Auftrages durch Sektoren- auftraggeber

Die Checkliste zeigt die einzelnen Verfahrensschritte bei der Vergabe des Auftrages auf. Sie enthält die wesentlichen Punkte, kann aber eine individuelle Anpassung an konkrete Anforderungen im Einzelfall nicht ersetzen.

1. Feststellung des konkreten Bedarfs sowie der erforderlichen Finanzierung

- Feststellung eines bestimmten Bedarfs einer Lieferung oder Dienstleistung durch Markterhebung
- Sicherstellung der Finanzierung durch Einholen entsprechender Zusagen
- Überprüfung der Restlaufzeit von Altverträgen
- Schätzung des Auftragswerts
- Berücksichtigung vergabefremder Kriterien (Umweltbelange etc.)

2. Festlegung der Verantwortungsbereiche

- Zusammenstellung eines Projektteams (Projektleiter, Ansprechpartner, Protokollführer, Vergabekommission etc.)
- Zuordnung der Verantwortungsbereiche / interne Projektkoordination
- Überprüfung der internen Entscheidungs-/Genehmigungsabläufe
- Entscheidung über die Beiziehung externer Berater (Techniker, Rechtsanwalt etc.)

- Eigenständige Abwicklung der Ausschreibung oder Ausschreibung durch vergebende Stelle (privater Fachmann oder spezialisiertes Unternehmen)

3. Auftraggeberbegriff (§§ 3 und 163 ff. BVergG)

- Auftraggeber im Sektorenbereich
- Sektorenauftraggeber
- Öffentliche Unternehmen als Sektorenauftraggeber
- Private Unternehmen als Sektorenauftraggeber
- Sektorentätigkeit (§§ 167–173 BVergG)

4. Beachtung möglicher (teilweiser) Ausnahmen vom gesetzlichen Geltungsbereich

- Ausnahmen (§§ 175–179 BVergG)

5. Ermittlung des Schwellenwertes (§§ 180 ff. BVergG)

- Ermittlung des maßgeblichen Schwellenwertes:
 - Schätzung des Auftragswertes ohne Umsatzsteuer
 - Verbot des Auftragsplittens
 - Maßgeblicher Zeitpunkt: Tag der Absendung der Bekanntmachung oder die sonstige Einleitung des Vergabeverfahrens
 - Grundsätzlich Berücksichtigung aller Lose und Optionen
 - Besonderheiten für zeitlich begrenzte und regelmäßige Aufträge sowie Daueraufträge sind zu beachten

- Überschreitung des maßgeblichen Schwellenwertes: EU-weite Ausschreibung
- Unterschreiten des maßgeblichen Schwellenwertes: nationale Ausschreibung

6. Rechtsgrundlagen

- Im Oberschwellenbereich
 - EU-Primärrecht
 - EU-Vergaberichtlinien
 - BVergG 2006 (ausgenommen die §§ 3–162)
- Im Unterschwellenbereich
 - EU-Primärrecht
 - BVergG 2006 (ausgenommen die §§ 3–162)
 - bei nicht prioritären Dienstleistungen (vgl. Punkt 7): § 280 BVergG

7. Bestimmung der Auftragsart (§ 4 ff. BVergG)

- Lieferauftrag
- Bauauftrag
- Dienstleistungsauftrag (prioritär / nicht-prioritär; § 280 i. V. m. § 6 BVergG und § 9 BVergG)
- Baukonzession / Dienstleistungskonzession
- Beachtung der Überwiegensregeln (main object test vs. main value test)
- Festlegung der Kategorie und Beschreibung des Auftrages nach der CPC-/CPV-Nomenklatur (§ 51 BVergG)

8. Wahl der richtigen Verfahrensart (§§ 192 ff. BVergG)

- Im Oberschwellenbereich (§§ 194 ff. BVergG):
 - Offenes Verfahren mit Bekanntmachung

- Nicht offenes Verfahren nach Aufruf zum Wettbewerb
 - Verhandlungsverfahren nach Aufruf zum Wettbewerb
 - Verhandlungsverfahren ohne Aufruf zum Wettbewerb
 - elektronische Auktion
 - Rahmenvereinbarung
 - dynamisches Beschaffungssystem
 - wettbewerblicher Dialog
 - offener oder nicht offener Wettbewerb
 - Im Unterschwellenbereich:
 - Alle Verfahren aus dem Oberschwellenbereich
 - Wahl nach Belieben des Auftraggebers unter Berücksichtigung von § 200 BVergG
 - Grundsatz: Ausschreibung im offenen bzw. nicht offenen Verfahren nach Aufruf zum Wettbewerb oder Verhandlungsverfahren nach Aufruf zum Wettbewerb (§ 194 BVergG)
 - Ausnahmetatbestand der Dringlichkeit nur eingeschränkt zulässig
 - Wahl der Verfahrensart ist in einem Aktenvermerk kurz zu begründen
- 9. Gesamt- und getrennte Ausschreibung / Teilvergabe (§ 190 BVergG)**
- Aufteilung umfangreicher Leistung in Lose, wenn dies wirtschaftlich oder technisch erforderlich / nicht erforderlich ist
 - Zerlegung möglich nach Menge und Art (z. B. Gebietslose, zeitliche Gliederung)

- Keine unwirtschaftliche Zersplitterung der Leistung durch die Losbildung
- Angaben über Teilung der Leistung in Lose, den Umfang der Lose und deren mögliche Vergabe an verschiedene Bieter sind in der Bekanntmachung und Aufforderung zur Angebotsabgabe zu machen
- Teilvergabe oder Vorbehalt einer Teilleistungsvergabe unzulässig

10. Festlegung des Zeitplans / Wege der Informationsübermittlung

- Zeitrahmen für die Erstellung der Vergabedokumentation: Erstellung des Bekanntmachungsformulars, der Unterlagen für einen Teilnahmeantrag bzw. der Ausschreibung selbst, Festlegung von Eignungs-, Auswahl- und Zuschlagskriterien sowie entsprechender Bewertungsschemata
- Festlegung des Zeitplans auf Grundlage der gesetzlichen (Mindest-)Fristen (§§ 223 ff. BVergG) sowie der projektspezifischen Eigenheiten (Ortsbesichtigungen, verlängerte Angebotsfristen, besonderer Prüfungsbedarf beim Auftraggeber, Nachfristen zur Nachreichung von Unterlagen, Anzahl der Verhandlungsrunden etc.)
- Abstimmung mit externen Beratern
- Festlegung der Wege der Informationsübermittlung (elektronisch / herkömmlich, siehe § 204 BVergG)

11. Der Aufbau und Inhalt von Ausschreibungsunterlagen (§§ 236 ff. BVergG)*Grundsätze (§ 236) und Inhalt (§ 237)*

Im offenen Verfahren erhält jeder Interessent die Ausschreibungsunterlagen. In Verfahren, in denen vom Auftraggeber eine Vorauswahl zu treffen ist, ergehen die Ausschreibungsunterlagen nur an Bewerber, deren Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit überprüft wurde bzw. die die vom Auftraggeber zusätzlich festzulegenden Auswahlkriterien bestmöglich erfüllen.

Es empfiehlt sich aus Gründen der Klarheit die Ausschreibungsunterlage in mehrere Teile zu gliedern. Eine in der Praxis bewährte Gliederung einer Ausschreibungsunterlage sieht wie folgt aus:

Teil 1 Grundlagen und Bietererklärungen

- Beschreibung des Auftraggebers
- Definition der Rahmenbedingungen und des Beschaffungsziels
- Darstellung des Auftragswerts (OSW oder USW)
- Nennung der Vergabekontrollbehörde
- Erklärungen zur Eignung, zum Angebot, zur Preisbildung, zur Geheimhaltung, zur Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen etc.

Teil 2 (Vergaberechtliche) Verfahrensbestimmungen

- Beschreibung der Verfahrensart
- des Verfahrensablaufs
- des Zuschlagsprinzips und der Zuschlagskriterien
- der Preisbildung
- der zu erbringenden Nachweise etc.
- Zulassung von Alternativangeboten (§ 238) und Abänderungsangeboten (§ 239)
- Festlegung zu Subunternehmerleistungen (§ 240)

Teil 3 Zivilrechtliche Vertragsbestimmungen

- Angabe eines (Muster-)Vertragstextes
- Neben den vergaberechtlichen Vorgaben sind selbstverständlich weiterhin alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen bzw. zivilrechtlichen Normen zu beachten (ABGB, UrhG, DSG, KartG, GewO etc.)

Teil 4 Leistungsbeschreibung

- Erstellen einer eindeutigen, vollständigen und neutralen Leistungsbeschreibung unter Beachtung der Festlegungen in den §§ 245 ff. BVergG
- technische Spezifikationen (§ 247)

Teil 5 Sonstige Unterlagen

- Angabe sonstiger Dokumente (wie Projektpläne, Studien etc.), die der Ausschreibungsunterlage als Beilage angeschlossen sind
- Achtung: im Unterschwellenbereich nur § 248 BVergG

11.1 Grundlagen und Bietererklärungen

- Präambel
- Festlegung des Beschaffungsziels unter Beschreibung der Rahmenbedingungen
- Auftraggeber / vergebende Stelle
 - Angaben zur Person des Auftraggebers, der tatsächlich Vertragspartner des Zuschlagsempfängers wird
 - Angaben der mit der Durchführung des Vergabeverfahrens betrauten Organisationseinheit, des Auftraggebers bzw. des vom Auftraggeber beauftragten Dritten
- Zustelladresse
 - Festlegung der Wege der Informationsübermittlung, zwingende Bekanntgabe einer Fax-

Nummer oder einer elektronischen Adresse, an die Informationen rechtsgültig übermittelt werden können

- Gesetzliche Grundlagen
 - Angabe, ob die Vergabe der ausgeschriebenen Leistung nach den Bestimmungen des BVergG 2006 für den Ober- oder den Unterschwellenbereich und den hierzu ergangenen Verordnungen erfolgt.
 - Die Angabe der Verfahrensart ist zu empfehlen
 - Angabe der zuständigen Vergabekontrollbehörde
- Definitionen

Siehe die Legaldefinitionen in § 2 BVergG, unter Umständen zu ergänzen durch eigene Abkürzungen bzw. Begriffe
- Vergütung der Angebote

Anmerkung, ob Angebote grundsätzlich mit Anspruch auf Vergütung zu erstellen sind
- Geheimhaltungserklärung des Bieters über Informationen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren
- Urheberrecht auf die Ausschreibung / Vertraulichkeit (vgl. § 191 BVergG)

Zum Schutz von Ausschreibungsunterlagen (diese können Werke nach § 1 UrhG sein) sollte die Weitergabe der Unterlagen untersagt und die Behandlung als vertraulich vereinbart werden.
- Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen (§ 241 BVergG)
- Bietererklärungen (etwa § 188 Abs. 4 BVergG oder § 188 Abs. 1 BVergG)

11.2 Vergaberechtliche Verfahrensbestimmungen

- Keine gebietsmäßigen Beschränkungen oder Beschränkung der Teilnahme auf einzelne Berufsstände (§ 187 Abs. 3 BVergG)
- Wenn möglich, Offenlegung der Mitwirkung von Dritten an der Vorbereitung einer Ausschreibung, ansonsten Dokumentation (§ 236 Abs. 4 BVergG)
- Zulassung von Bietergemeinschaften
Verlangen einer Erklärung der Mitglieder, im Auftragsfall eine bestimmte Rechtsform anzunehmen (§ 188 Abs. 2 BVergG)
- Festlegung, ob die Abgabe von Angeboten in elektronischer Form zulässig ist; Angaben zu elektronischen Angeboten (§ 243 ff. BVergG)
- Form des Angebotes (§ 256 BVergG)
- Einsichtsmöglichkeit in Unterlagen/Ortsbesichtigung
Möglicherweise eine Verpflichtung zur Einsichtnahme
- Festlegung der Fristen (Anfragemöglichkeiten, Anfragebeantwortungen, Stellung von Teilnahmeanträgen, Festlegung der Angebotsfrist und Zuschlagsfrist)
- Klarstellung bei der Fristenberechnung (siehe § 221 BVergG)
- Bekanntgabe, ob der Zuschlag dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot oder dem Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt werden soll (§ 237 Abs. 3 BVergG bzw. § 248 Abs. 7. Fehlt diese Angabe, gilt das Billigstbieterprinzip)
- Angabe der Zuschlagskriterien im Verhältnis der diesen zuerkannten Bedeutung (Festlegung einer Marge in bestimmten Fällen möglich, siehe § 251 BVergG)

- Zuschlagsfrist (§ 260 BVergG)
max. 5 Monate, in Ausnahmefällen 7 Monate; fehlt die Fristsetzung in den Unterlagen, Zuschlagsfrist nur 2 Monate
- Aufnahme von Bestimmungen über die Zulässigkeit von Subunternehmern (§ 240 BVergG)
- Angabe, wie die an einem Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmer in allgemeiner Weise von der Einleitung eines Feststellungsverfahrens verständigt werden
- Eine Verwertung von im Zuge des Vergabeverfahrens durch Bewerber oder Bieter erstellten Ausarbeitungen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen zulässig (§ 191 BVergG)
- Rücksichtnahme auf Menschen mit Behinderung bei Festlegung technischer Spezifikationen oder der Zuschlagskriterien (§ 236 Abs. 2)
- Widerrufsmöglichkeit
u. U. Hinweis, dass sich der Auftraggeber einen Widerruf aus zwingenden Gründen vorbehält (eventuell Ankündigung zwingender Gründe)
- Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung / Beauftragungsmodalitäten (§§ 272 BVergG und 275 f. BVergG)
- Rechtsgültige Unterfertigung
Es ist nur eine Stelle für eine rechtsgültige Unterfertigung vorzusehen.

11.3 Zivilrechtliche Vertragsbestimmungen

- Da der vorgeschriebene Text der Ausschreibungsunterlagen weder geändert noch ergänzt werden darf (§ 255 Abs. 1 BVergG), ist die Abgabe eines Angebotes unter Zugrundelegung der eigenen AGB des Bieters (außerhalb eines Alternativangebotes) bzw. die nachträgliche Einräumung von Preisnachlässen, Skonti etc. unzulässig.

- Die rechtlichen Bedingungen dürfen keine unkalkulierbaren Risiken für den Bieter beinhalten.
- Mögliche Diskriminierungen oder mögliche Wettbewerbsvorteile einzelner Bieter durch die Ausgestaltung des rechtlichen Regelwerkes sind zu vermeiden.
- Bei der Gestaltung des Regelwerkes ist auf die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Bestimmungen zu achten.
- Gemäß § 915 Abs. 2 ABGB gehen unklare Formulierungen zu Lasten des Formulierenden, also des Auftraggebers.

11.4 Leistungsbeschreibung/-umfang

- Die Beschreibung hat eindeutig, vollständig und neutral zu erfolgen (§ 246 Abs. 1 BVergG).
- Die Beschreibung darf nicht so erfolgen, dass bestimmte Bieter von vornherein Wettbewerbsvorteile genießen.
- Es dürfen keine umfangreichen Vorarbeiten auf Bewerberseite erforderlich sein (ansonsten Vergütung).
- Die Vergleichbarkeit der Angebote muß sichergestellt sein.
- Aus der Beschreibung müssen sowohl der Zweck der fertigen Leistung als auch die an die Leistung gestellten Anforderungen in technischer, wirtschaftlicher, gestalterischer, funktionsbedingter und sonstiger Hinsicht erkennbar sein.
- Angabe aller für die Erstellung eines Angebotes maßgeblichen Bedingungen und Umstände.
- Konstruktive Leistungsbeschreibung hat technische Spezifikationen zu enthalten (Pläne, Zeichnungen etc.)
 - § 246 Abs. 1

- Sonstige Anforderungen an die Leistungsbeschreibung:
 - ungewöhnliche Anforderungen an die Beschaffenheit nur soweit, wie es unbedingt nötig ist
 - verkehrsübliche Bezeichnungen, Bezugnahme auf einschlägige Normen möglich
 - bestimmte Erzeugnisse oder Verfahren sowie bestimmte Ursprungsorte und Bezugsquellen dürfen nur dann ausdrücklich genannt werden, wenn dies durch die Art der Leistung gerechtfertigt ist
 - Bezeichnungen, wie Markennamen, dürfen nur verwendet werden, wenn eine Beschreibung durch hinreichend genaue, allgemein verständliche Angaben nicht möglich ist. Dabei ist der Zusatz „oder gleichwertiger Art“ zu verwenden
 - Forderung von Angaben über Herkunft oder Hersteller nur, wenn dies für die Beurteilung der Güte von Stoffen, Teilen oder Erzeugnissen unentbehrlich ist
- Zusätzliche Anforderungen bei EU-weiten Ausschreibungen:
 - Technische Anforderungen sind unter Bezugnahme auf europäische Spezifikationen festzulegen
 - Ausnahmen sind so weit wie möglich in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen bzw. dem Aufruf zum Wettbewerb anzugeben
- Gesamt-/Teilvergabe:
 - Festlegung, ob der Zuschlag aller Leistungen nur im Paket (Generalunternehmer-Ausschreibung) oder Gewerkeweise erteilt wird (Achtung: Beachtung der Ankündigung in der Bekanntmachung).

- Bei losweiser Vergabe sind die Lose zu beschreiben und gegeneinander abzugrenzen.
- Optionaler Abruf einzelner Lose wäre anzudenken.
- Alternativangebot (§ 238 BVergG)
 - Festlegung, ob Alternativangebote zulässig sind (nur bei Bestbieter möglich); fehlt diese Angabe, sind Alternativangebote nicht zulässig
 - Alternativofferte nur neben einem ausschreibungskonformen Hauptangebot zulässig
 - Festlegung der Mindestanforderungen für ein Alternativangebot sowie der Art und Weise der Einreichung
 - Alternativofferte ist als solches zu kennzeichnen
- Abänderungsangebote (§ 239 BVergG)
 - zulässig, wenn nicht ausgeschlossen
 - Festlegung, ob nur neben oder unabhängig von einem Hauptangebot zulässig
 - Festlegung der Art und Weise der Einreichung
- Optionen
 - Festlegung, ob bestimmte Leistungsteile optional abgerufen werden (zeitlich oder mengenmäßig)
 - Beschreibung der Voraussetzungen, unter denen der Abruf einer Option wahrscheinlich ist
 - Klarstellung, dass kein Rechtsanspruch auf Optionsausübung besteht
 - Empfehlenswert ist die Vereinbarung der Schriftform für den Abruf der Option

12. Bekanntmachung (§ 207 ff. BVergG)

- Bestimmungen im Oberschwellenbereich (§ 207 ff. und § 211 ff. BVergG):
 - Verwendung der Standardformulare (<http://simap.eu.int>) in deutscher Sprache

- Beschreibung des Auftragsgegenstandes unter Verwendung des CPV
- muss (unverzüglich) dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG zugeleitet werden (per E-Mail, ausnahmsweise per Fax)
- wird kostenlos spätestens zwölf Tage nach Absendung im Supplement zum Amtsblatt der EG veröffentlicht
- Veröffentlichungen in nationalen Publikationsorganen dürfen nicht vor dem Tag der Absendung und nur gleich lautend erfolgen (Publikationsorgane sind per Verordnung festzulegen)
- Nationale Bekanntmachung darf nicht über EU-Bekanntmachung hinausgehen
- Bestimmungen für den Unterschwellenbereich (§ 218 ff. BVergG)
 - Auftraggeber, die in den Vollziehungsbereich des Bundes fallen, haben Bekanntmachungen unentgeltlich im Internet bereit zu stellen.
 - Bei Bekanntmachung durch Aushang oder auf elektronischem Weg muss die Verfügbarkeit der Inhalte zumindest bis zum Ablauf der Bewerbungs- oder Angebotsfrist gewährleistet sein.
 - Bekanntmachungen sollten mindestens die in Anhang XV BVergG angeführten Angaben enthalten.

13. Angebots- und Bewerbungsfristen (§ 221 ff. BVergG)

- Die Fristenberechnung im BVergG erfolgt – abgesehen von den für Nachprüfungs- und Feststellungsverfahren geltenden Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes – gemäß § 903 ABGB. Der Fristenlauf ist durch Samstage und den Karfreitag gehemmt.

- Bei der Fristenberechnung zählen die Kalendertage, nicht die Arbeitstage.
- Bemessung der Angebotsfrist, dass unter Berücksichtigung des Postlaufs ausreichend Zeit zur Angebotserstellung bleibt (§ 222 Abs. 1 BVergG)
- Nachweisliche Bekanntgabe (u. U. auch Bekanntmachung) einer Fristverlängerung bei Berichtigung der Ausschreibung gemäß § 207 BVergG und wenn Berichtigung wesentlichen Einfluss auf Angebotserstellung hat (§ 222 Abs. 2 BVergG) oder wenn Ausschreibungsunterlagen, ergänzende Unterlagen oder angeforderte Auskünfte nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen zugesandt werden können (§ 223 Abs. 3 BVergG)
- Bestimmungen im Oberschwellenbereich:
 - Offenes Verfahren: mindestens 52 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der Bekanntmachung. Verkürzte Frist möglich bei elektronischem Verfahren (§ 224 BVergG), keinesfalls darf die Frist jedoch unter 15 Tagen liegen
 - Nicht offenes Verfahren: mindestens 15 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der schriftlichen Aufforderung zur Teilnahme. Angebotsfrist: 40 Tage
 - Verhandlungsverfahren mBK: Frist entsprechend dem nicht offenen Verfahren
 - Bei Vorinformation verkürzte Frist möglich (22 Tage; § 224 BVergG)
- Bestimmungen im Unterschwellenbereich:
 - Angemessene Frist, die den Bietern ausreichend Zeit gibt, Teilnahmeanträge und Angebote zu erstellen (§ 227 i. V. m. § 222 Abs. 1 BVergG)
 - Verlängerung der Angebotsfrist bei Berichtigung der Ausschreibung (§ 242)

14. Übergabe der Angebotsunterlagen / ergänzende Auskünfte / Kosten (§§ 223 und 242 BVergG)

- Die Übergabe von Ausschreibungsunterlagen hat an interessierte Unternehmer unverzüglich, spätestens innerhalb von sechs Tagen nach Eingang des Antrages zu erfolgen (§ 223 BVergG – elektronische Übermittlung möglich).
- Zusätzliche Auskünfte über die Ausschreibungsunterlagen sind unverzüglich, jedenfalls aber spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsabgabefrist zu erteilen (bei beschleunigten oder nicht offenen Verfahren vier Tage).
- Zur Einsichtsmöglichkeit in Unterlagen und zur Möglichkeit der Anfertigung von Abschriften siehe § 88 Abs. 3 BVergG.
- bei offenen Verfahren kann der Auftraggeber Herstellungskosten und allfällige Portospesen verlangen; die Kosten sollten bereits in der Bekanntmachung bekannt gegeben werden.
- Bei den übrigen Verfahrensarten: Entgelt nur in begründeten Fällen.

15. Entgegennahme und Öffnung eingehender Angebote (§ 264 ff. BVergG)

- Keine formalisierte Öffnung der Angebote erforderlich (§ 264).
- Bei elektronischen Angeboten ist Einlangen zu dokumentieren, die elektronischen Angebote sind dann zu speichern, sodass Manipulationen ausgeschlossen werden können und jede Öffnung dokumentiert wird.

16. Prüfung der Angebote (§ 267 BVergG)

- Nur durch fachlich geeignete Personen
- Prüfung der Angebote in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach den in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Kriterien (zu den einzelnen Prüfungsinhalten siehe § 267 Abs. 2 BVergG).
- Vertiefte Angebotsprüfung, Prüfung der Preisangemessenheit bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 268 BVergG
- Verlangen von Aufklärung bei Unklarheiten notwendig (§ 268 Abs. 2 und 3 BVergG)

17. Verhandlungen/Aufklärungsgespräche mit Bietern

- Im offenen und nicht offenen Verfahren darf mit den Bietern über keine Angebotsinhalte verhandelt werden (§§ 249 und 253); ausgenommen Verhandlungsverfahren; Unzulässigkeit reiner Preisverhandlungen (§§ 101 Abs. 4 BVergG);
- Vertrauliche Behandlung, kommissionelle Führung und schriftliche Niederlegung der Gründe und der Ergebnisse;
- Verhandlungsverfahren: Ablauf siehe § 254 BVergG (Shortlisting zulässig)

18. Ausscheiden von Angeboten / Wertung der Angebote (§ 269 ff. BVergG)

- Zwingender bzw. einem Beurteilungsspielraum unterliegender Ausschluss von Angeboten, die bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllen (§ 269 Abs. 1 BVergG);
- Die Ausscheidensentscheidung ist den Bietern mitzuteilen (§ 269 Abs. 4 und § 270 Abs. 4).

- Ermittlung des wirtschaftlichsten / günstigsten Angebots, auf das der Zuschlag zu erteilen ist.
- Gründe für die Zuschlagsentscheidung sind schriftlich festzuhalten und verbal zu beschreiben.

19. Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung (§ 272 BVergG)

- Unverzügliche und nachweisliche Mitteilung per Telefax oder elektronisch (ausnahmsweise per Brief) an die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, die Merkmale und Vorteile des Angebots des Bestbieters, die Gründe für die Ablehnung, die Vergabesumme und das Ende der jeweiligen Stillhaltefrist
- Ein unter Verstoß gegen diese Bestimmung erfolgter Zuschlag ist nichtig.
- Zu den Ausnahmen, bei denen eine Mitteilung gemäß § 272 BVergG unterbleiben kann, siehe § 272 Abs. 1 BVergG.
- Die Stillhaltefrist beträgt grundsätzlich 14 Tage gerechnet ab Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung (zur Verkürzung siehe § 132 BVergG).

20. Beendigung des Vergabeverfahrens (§ 276 ff. BVergG)

- Ein Vergabeverfahren endet entweder durch Zuschlagserteilung und Abschluss des Leistungsvertrages oder Widerruf des Vergabeverfahrens.
- Widerruf darf erfolgen, wenn dafür sachliche Gründe bestehen (§ 278)
- Bieter sind unter Angabe der Gründe unverzüglich vom Widerruf zu unterrichten; (Widerrufsentscheidung; § 279 BVergG)

- Stillhaltefrist (in der Regel 14 Tage; vgl. § 279 Abs. 3 BVergG) vor Erklärung des Widerrufs; vor Ablauf der Stillhaltefrist darf ein neues Vergabeverfahren über den gleichen Auftragsgegenstand nicht eingeleitet werden.
- Achtung: Die Entscheidung des Auftraggebers, ein Vergabeverfahren zu widerrufen, ist nun bekämpfbar.

21. Wirksamkeit und Form des Vertragsabschlusses (§§ 274 und 275 BVergG)

- Während der Zuschlagsfrist kommt das Vertragsverhältnis mit Zugang der schriftlichen Verständigung von der Annahme des Angebotes beim Auftragnehmer zustande. Der Zuschlag soll möglichst vor Ablauf der Zuschlagsfrist erteilt werden.
- Ist die Zuschlagsfrist überschritten oder weicht der Auftrag vom Angebot ab, entsteht das Vertragsverhältnis erst mit der schriftlichen Annahmeerklärung des Bieters (dem Bieter ist eine angemessene Frist einzuräumen).
- Besteht der Inhalt des Vertrages außer aus dem Angebot auch aus anderen Schriftstücken, empfiehlt es sich, sämtliche Schriftstücke anzuführen.

22. Vergabevermerk und Dokumentationspflichten (§ 277 BVergG)

- Im OSW hat der Sektorenauftraggeber sachdienliche Unterlagen bzw. Vermerke über den Widerruf des Verfahrens, die ihm die Begründung seiner Entscheidung ermöglichen, vier Jahre lang aufzubewahren.

**23. Bekanntmachung über vergebene Aufträge
(§ 217 BVergG)**

- Im Oberschwellenbereich sind vergebene Aufträge und das Ergebnis von Wettbewerben binnen 2 Monaten nach Zuschlagserteilung unter Verwendung der Standardformulare dem Amt für amtliche Veröffentlichungen bekannt zu geben.
- Im Unterschwellenbereich entfällt die nachträgliche Bekanntmachung.
- Zu den statistischen Verpflichtungen siehe § 205 BVergG.
- Zur Übermittlung sonstiger Unterlagen siehe § 206

24. Besondere Auftrags- oder Verfahrensarten

- nicht prioritäre Dienstleistungen: §§ 280 BVergG
- Bau- und Dienstleistungskonzessionsaufträge: § 177 BVergG
- elektronische Auktion: §§ 281 ff. BVergG
- Rahmenvereinbarungen: §§ 282 ff. BVergG
- Wettbewerbe: §§ 285 ff. BVergG
- dynamisches Beschaffungssystem: §§ 288 ff. BVergG

10.1.2 Dokumentationspflichten gem. Bundesvergabegesetz 2006 ohne Sektoren (Gas, Wärme, Elektrizität, Wasser, Verkehr)

Vergabeverfahren unterliegen der nachprüfenden Kontrolle durch den UVS, wobei je nach Vergabeverfahren einzelne Entscheidungen gesondert anfechtbar sind (siehe § 2 Z. 16 BVergG 2006).

Im Zusammenhang mit der Aktenvorlagepflicht an den UVS kommt den im Bundesvergabegesetz angeführten Dokumentationspflichten größte Bedeutung zu. Nachfolgend werden diese stichwortartig aufgelistet:

§ 13(3)	Auftragswertschätzung bei Verfahrenseinleitung	ev. AV
§ 36	Begründung für Wahl des Verhandlungsverfahrens im OSB Begründung für Wahl des wettbewerblichen Dialogs im OSB	AV
§ 41(3)	Preisankünfte bei Direktvergabe	dokumentieren
§ 42 (1)	Begründung für Wahl des Verhandlungsverfahrens Begründung für Wahl des nicht offenen Verfahrens o B Begründung für Wahl des geladenen Wettbewerbes	AV
§ 42 (2)	bei Direktvergabe Gegenstand und Wert, Auftragnehmer	dokumentieren
§ 67	Begründung für Fristenverkürzung	AV
§ 79	Mitwirken Dritter an der Ausschreibungsvorbereitung	dokumentieren
(§ 90)	Ausgabeverzeichnis Ausschreibungsunterlagen	(empfohlen)
§ 97 (2) § 99 (2)	Begründung für das Abweichen von ÖNORMen	dokumentieren ev. AV
§ 103 (7)	Prüfung der Teilnahmeanträge im nicht offenen Verfahren m B Prüfung der Teilnahmeanträge im Verhandlungsverfahren m B	NS
§ 117 (1)	Verzeichnis eingelangter Angebote (= Eingangsverzeichnis)	Verzeichnis
§ 118 (5)+(6)	Angebotsöffnung	NS
§ 119 (1)	Eingangsverzeichnis für elektronische Angebote	Verzeichnis
§ 121 (5)+(6)	Angebotsöffnung für elektronische Angebote	NS
§ 125 (5)	Bieterankünfte – vertiefte Angebotsprüfung	Schreiben/AV/NS
§ 126 (1)	Bieterankünfte – mangelhafte Angebote	Schreiben/AV/NS

§ 127 (3)	kommissionelle Aufklärungsgespräche	NS
§ 128 (1)	Angebotsprüfung	NS
§ 130 (2)	Gründe für Zuschlagsentscheidung	AV
§ 136	Vergabevermerk / Widerrufsvermerk	AV
§ 140	Zeitpunkt der Widerrufserklärung	dokumentieren
§ 147 (10)	Ablauf der elektronischen Auktion	dokumentieren
§ 151 (3)	Angebotsbewertung Rahmenvereinbarung	AV
§ 152 (6)	Gründe für Zuschlagsentscheidung Rahmenvereinbarung	AV
§ 154 (4)	Prüfung der Teilnahmeanträge Wettbewerb	NS
§ 154 (5)	Begründung für Bewerberauswahl Wettbewerb	ev. AV
§ 155 (6)	Reihung Wettbewerbsgewinner Dialog über Wettbewerbsarbeiten	NS Protokoll
§ 157 (5)	Begründung für längere Laufzeit dynamisches Beschaffungssystem	ev. AV
§ 158 (5)	Gründe für Zuschlagsentscheidung dyn. Beschaffungssystem	AV
§ 160 (5)	Prüfung der Teilnahmeanträge wettbewerblicher Dialog	NS
§ 160 (7)	Begründung für Bewerberauswahl wettbewerblicher Dialog	ev. AV

Gemäß AVG:

NS = Niederschrift

AV = Aktenvermerk

Autor: Mag. Helmut Golda, Magistrat Steyr

10.1.3 Dauer der Stillhaltefrist ab Bekanntgabe der Zuschlags- entscheidung

Bereich	Verfahrensart	Klassischer Bereich (§ 132)		Sektorenbereich (§ 273)	
		Regel- verfahren	beschleunigtes Verfahren	Regel- verfahren	beschleunigtes Verfahren
Oberschwelle		14 Tage	7 Tage	14 Tage	7 Tage
	dynamisches Beschaf- fungssystem, elektronische Auktion, Rahmenvereinbarung	7 Tage	7 Tage	7 Tage	7 Tage
Unterschwelle		7 Tage	7 Tage	7 Tage	7 Tage
	dynamisches Beschaf- fungssystem, elektronische Auktion, Rahmenvereinbarung	7 Tage	7 Tage	7 Tage	7 Tage

Beginn der Stillhaltefrist: Bekanntgabe der Zuschlag-
sentscheidung (Fax, E-Mail, Brief: Absendedatum)

Keine Stillhaltefrist ist in folgenden Verfahren einzu-
halten:

- Direktvergabe (§ 41)
- Verhandlungsverfahren mit nur einem Unterneh-
mer (§ 38 Abs. 3)
- stittig: in Vergabeverfahren, in denen nur ein An-
gebot für den Zuschlag in Frage kommt
- bei nicht prioritären Dienstleistungen: „angemes-
sene Frist“ (§ 141 BVergG)

Dauer der Stillhaltefrist
ab Bekanntgabe der
Zuschlagsentscheidung

10.1.4 Verfahrensablaufskizzen

Diese Skizzen stellen schrittweise die Abläufe der einzelnen Verfahrensarten übersichtlich und schlagwortartig – und damit vereinfacht – dar. Diese Skizzen sollen einen knappen und kompakten Überblick über den Ablauf der einzelnen Verfahrensarten geben. Wie auch die Checklisten können diese Ablaufskizzen nicht ohne individuelle Prüfung und Anpassung im Einzelfall zur Durchführung des konkreten Beschaffungsvorgangs genutzt werden.

Die folgende Darstellung in den Punkten 10.1.4.1 bis 10.1.4.8 bezieht sich zunächst auf die Vergabe von Bau-, Liefer- oder prioritären Dienstleistungsaufträgen durch öffentliche Auftraggeber im Oberschwellenbereich. Die Besonderheiten der Verfahrensabläufe im Unterschwellenbereich sind angeführt. Die Darstellung des Ablaufs eines Verfahrens zur Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungsaufträge findet sich in Punkt 10.1.4.9.

10.1.4.1 Offenes Verfahren

- **Vorinformation an die Europäische Kommission** (bei geplanter Verkürzung der Angebotsfrist) – mindestens 52 Tage, höchstens 12 Monate vor Absendung der Bekanntmachung
- **Bekanntmachung der geplanten Auftragsvergabe**
- **Bereitstellung der Ausschreibungsunterlagen**
- **Festsetzung des Beginns der Angebotsfrist** (wenn nicht anders angegeben ist dies der Tag der Absendung der Bekanntmachung),
von deren **Dauer** (mindestens 52 Tage, bei Vorinformation mindestens 22 Tage; im Unterschwellenbereich mindestens 22 Tage; Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien und/oder Dringlichkeit möglich)
sowie der **Zuschlagsfrist** (falls nicht anders angegeben 1 Monat, maximal 5 Monate, in begründeten Einzelfällen 7 Monate)
- **Angebotsfrist**
- **Während der Angebotsfrist:** Entgegennahme der Angebote (diese dürfen nicht geöffnet werden)
- **Ende der Angebotsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle) **Öffnung (nur) der fristgerecht eingelangten Angebote** (unter Teilnahme der Bieter),
Anfertigung einer **Niederschrift über die Angebotsöffnung**
- **Prüfung der Angebote** (allenfalls vertiefte Angebotsprüfung, Aufklärungsgespräche)

- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen:
Ausscheiden von Angeboten
- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen:
Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung
(fakultativ / obligatorisch)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage)
- **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung**
(und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk bzw. Widerrufsvermerk**
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Vorjahr an den BMWA zur Weiterleitung an die Europäische Kommission

10.1.4.2 Nicht offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung

- **Vorinformation an die Europäische Kommission** (bei geplanter Verkürzung der Angebotsfrist) – mindestens 52 Tage, höchstens 12 Monate vor Absendung der Bekanntmachung
- **Bekanntmachung der geplanten Auftragsvergabe**
- **Festlegung der Kriterien für die Auswahl der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bieter und deren Anzahl** (nicht unter fünf) und **Festsetzung der Frist für das Einlangen der Teilnahmeanträge** (mindestens 37 Tage; im Unterschwellenbereich mindestens 14 Tage; Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien und / oder Dringlichkeit möglich)
- **Antragsfrist** (Frist für die Einbringung von Teilnahmeanträgen)
- **Während dieser Frist:** Entgegennahme der Teilnahmeanträge (diese dürfen nicht geöffnet werden)
- **Ende der Antragsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle) **Öffnung (nur) der fristgerecht eingelangten Teilnahmeanträge**,
Anfertigung einer **Niederschrift über die Prüfung der Teilnahmeanträge**
- **Prüfung und Bewertung** der Teilnahmeanträge, allenfalls **Auswahl** der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bieter
- **Bekanntgabe der Auswahlentscheidung** (längstens binnen einer Woche) und

**Aufforderung der ausgewählten Bieter zur
Angebotsabgabe unter Beistellung der Aus-
schreibungsunterlage**

Festsetzung der Dauer der Angebotsfrist
(mindestens 40 Tage; bei Vorinformation min-
destens 22 Tage; Verkürzung bei Verwendung
elektronischer Medien und / oder Dringlichkeit
möglich)

sowie der **Zuschlagsfrist** (falls nicht anders an-
gegeben 1 Monat, maximal 5 Monate, in begrün-
deten Einzelfällen 7 Monate)

- **Angebotsfrist**
- **Während der Angebotsfrist:** Entgegennahme der
Angebote (diese dürfen nicht geöffnet werden)
- **Ende der Angebotsfrist** (wie in der Bekannt-
machung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle) **Öffnung (nur) der fristge-
recht eingelangten Angebote** (unter Teilnah-
me der Bieter),

Anfertigung einer **Niederschrift über die An-
gebotsöffnung**

- **Prüfung der Angebote** (allenfalls vertiefte An-
gebotsprüfung, Aufklärungsgespräche)
- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen:
Ausscheiden von Angeboten
 - Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzun-
gen: **Bekanntgabe der Widerrufsentschei-
dung** (fakultativ / obligatorisch)
 - **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem
Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unter-
schwellenbereich 7 Tage)
 - **Widerruf**

- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung**
(und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage; keine Stillhaltefrist, wenn nur ein Angebot eingelangt ist)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk** bzw. **Widerrufsvermerk**
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Oberschwellenbereich im Vorjahr an den BMWA zur Weiterleitung an die Europäische Kommission

10.1.4.3 Nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung

- **Aufforderung der ausgewählten Bieter** (deren Anzahl darf nicht unter fünf liegen) zur **Angebotsabgabe unter Beistellung der Ausschreibungsunterlage**

Festsetzung der Dauer der Angebotsfrist
(mindestens 22 Tage; Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien und / oder Dringlichkeit möglich)

sowie der **Zuschlagsfrist** (falls nicht anders angegeben 1 Monat, maximal 5 Monate, in begründeten Einzelfällen 7 Monate)

- **Angebotsfrist**
- **Während der Angebotsfrist:** Entgegennahme der Angebote (diese dürfen nicht geöffnet werden)
- **Ende der Angebotsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle) **Öffnung** (nur) der **fristgerecht eingelangten Angebote** (unter Teilnahme der Bieter),

Anfertigung einer **Niederschrift über die Angebotsöffnung**

- **Prüfung der Angebote** (allenfalls vertiefte Angebotsprüfung, Aufklärungsgespräche)
- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Ausscheiden von Angeboten**
 - Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung** (fakultativ / obligatorisch)

- **Stillhaltefrist** (7 Tage)
- **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung**
(und der Gründe für die Ablehnung der nicht
zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (7 Tage)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zu-
schlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bie-
ters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk** bzw. **Widerrufsvermerk**

10.1.4.4 Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung

- **Bekanntmachung der geplanten Auftragsvergabe**
- **Festlegung der Kriterien für die Auswahl der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bieter und deren Anzahl** (nicht unter fünf) und **Festsetzung der Frist für das Einlangen der Teilnahmeanträge** (mindestens 37 Tage; im Unterschwellenbereich mindestens 14 Tage; Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien und / oder Dringlichkeit möglich)
- **Antragsfrist** (Frist für die Einbringung von Teilnahmeanträgen)
- **Während dieser Frist:** Entgegennahme der Teilnahmeanträge (diese dürfen nicht geöffnet werden)
- **Ende der Antragsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle) **Öffnung (nur) der fristgerecht eingelangten Teilnahmeanträge**,
Anfertigung einer **Niederschrift über die Prüfung der Teilnahmeanträge**
- **Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge**, allenfalls Auswahl der zur Angebotsabgabe einzuladenden Bieter
- **Bekanntgabe der Auswahlentscheidung** (längstens binnen einer Woche) und
Aufforderung der ausgewählten Bieter zur Angebotsabgabe unter Beistellung der Ausschreibungsunterlage

Festsetzung der Dauer der Angebotsfrist

(keine gesetzliche Festlegung, die Frist muss angemessen sein)

sowie der **Zuschlagsfrist** (falls nicht anders angegeben 1 Monat, maximal 5 Monate, in begründeten Einzelfällen 7 Monate)

- **Angebotsfrist**
- **Während der Angebotsfrist:** Entgegennahme der Angebote
- **Ende der Angebotsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle, jedoch keine formalisierte) **Öffnung (nur) der fristgerecht eingelangten Angebote** (keine Teilnahme der Bieter),
- Anfertigung einer **Niederschrift über die Angebotsöffnung**
- **Prüfung der Angebote**
- **Verhandlungen** mit den Bietern über den gesamten Angebotsinhalt (Shortlisting zulässig, ebenso Vorbehalt der Verhandlungen nur mit dem Bieter des bestgereihten Angebots, wenn dies in der Ausschreibungsunterlage vorgesehen war)
- **Bekanntgabe der letzten Verhandlungsrunde** bzw. des **Schlusses der Verhandlungen**
- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Ausscheiden von Angeboten**
 - Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung** (fakultativ / obligatorisch)

- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage)
- **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung** (und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage; keine Stillhaltefrist, wenn nur ein (ausschreibungskonformes) Angebot eingelangt ist)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk bzw. Widerrufsvermerk**
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Oberschwellenbereich im Vorjahr an den BMWA zur Weiterleitung an die Europäische Kommission

10.1.4.5 Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung

- **Aufforderung der ausgewählten Bieter** (deren Anzahl darf nicht unter drei liegen) zur Angebotsabgabe unter Beistellung der Ausschreibungsunterlage

Festsetzung der Dauer der Angebotsfrist
(keine gesetzliche festgelegt Frist, diese muss angemessen sein)

sowie der **Zuschlagsfrist** (falls nicht anders angegeben 1 Monat, maximal 5 Monate, in begründeten Einzelfällen 7 Monate)

- **Angebotsfrist**
- **Während der Anbotsfrist:** Entgegennahme der Angebote
- **Ende der Angebotsfrist** (wie in der Bekanntmachung und Ausschreibung festgelegt)
- (kommissionelle, jedoch nicht formalisierte) Öffnung (nur) der **fristgerecht eingelangten Angebote** (keine Teilnahme der Bieter),

Anfertigung einer Niederschrift über die Angebotsöffnung

- **Prüfung der Angebote**
- **Verhandlungen** mit den Bietern über den gesamten Angebotsinhalt (Shortlisting zulässig, ebenso Vorbehalt der Verhandlungen nur mit dem Bieter des bestgereihten Angebots, wenn dies in der Ausschreibungsunterlage vorgesehen war)
- **Bekanntgabe der letzten Verhandlungsrunde** bzw. des Schlusses der Verhandlungen

- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen:
Ausscheiden von Angeboten
 - Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung** (fakultativ / obligatorisch)
 - **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage)
 - **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung** (und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage; keine Stillhaltefrist, wenn nur ein (ausschreibungskonformes) Angebot eingelangt ist)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk bzw. Widerrufsvermerk**
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags (im Oberschwellenbereich)
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Oberschwellenbereich im Vorjahr an den BMWa zur Weiterleitung an die Europäische Kommission

10.1.4.6 Rahmenvereinbarung

- **Vorinformation an die Europäische Kommission** (bei geplanter Verkürzung der Angebotsfrist) – mindestens 52 Tage, höchstens 12 Monate vor Absendung der Bekanntmachung
- **Bekanntmachung** des geplanten Abschlusses einer Rahmenvereinbarung (sofern nicht nach Durchführung eines Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung)
- **Übermittlung der Ausschreibungsunterlagen** an interessierte Bieter längstens binnen 6 Tagen
- Durchführung eines offenen Verfahrens, eines nicht offenen Verfahrens mit vorheriger Bekanntmachung oder eines Verhandlungsverfahrens mit oder ohne Bekanntmachung (s. oben 10.1.4.1, 10.1.4.2, 10.1.4.4 und 10.1.4.5) zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit einem oder mehreren Unternehmen (dies ist vorher festzulegen)
- Festhalten der Gründe für die Bewertung der Angebote
- Benachrichtigung der nicht berücksichtigten Bieter, die Gründe für die Nichtberücksichtigung sind nicht bekannt zu geben
- **Bekanntgabe** einer abgeschlossenen Rahmenvereinbarung
- Verfahren zur **Vergabe eines Auftrags auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung**: unterschiedlich bei
 - Rahmenvereinbarung mit einem Unternehmer: direkt auf Grund der Bedingungen der Rahmenvereinbarung und nach den Bedingungen der Ausschreibung oder nach ande-

- ren adaptierten Anforderungen und Verbesserung bzw. Abänderung des Angebots
- Rahmenvereinbarungen mit mehreren Unternehmern: unmittelbar aufgrund der Bedingungen der Rahmenvereinbarung oder nach erneutem Aufruf zum Wettbewerb (Verfahren nach § 152 Abs. 4 bis 6 BVergG 2006)

10.1.4.7 Wettbewerblicher Dialog

- **Bekanntmachung** unter Nennung der Mindest- und Höchstzahl der Teilnehmer, der Eignungs- und Auswahlkriterien, der Festlegung der Zahl der Dialogphasen und der Zuschlagskriterien
- **Festlegung der Antragsfrist** (für das Einlangen der Teilnahmeanträge, mindestens 37 Tage, Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien möglich; im Unterschwellenbereich 14 Tage)
- **Prüfung der Teilnahmeanträge**
Verfassen einer Niederschrift (Gewährung der Einsichtnahme durch die Antragsteller)
- **Auswahl der Bieter**
- **Bekanntgabe der Auswahlentscheidung**
- **Aufforderung der ausgewählten Teilnehmer zur Teilnahme am Dialog** unter Nennung des Termins, zu dem die Bewerber ihre Lösungsvorschläge vorzulegen haben
- **Dialogphase**
- **Bekanntgabe des Abschlusses der Dialogphase und der Grundzüge der ausgewählten Lösung(en)**
- **Aufforderung an die verbliebenen Bieter**, auf Grundlage der von Teilnehmer in der Dialogphase näher ausgeführten Lösungen **ihr Angebot zu legen**
- **Auswahl des Bestbieters**
 - Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen: **Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung** (fakultativ / obligatorisch)

- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage)
- **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung** (und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (14 Tage, bei beschleunigtem Verfahren wegen Dringlichkeit und im Unterschwellenbereich 7 Tage; keine Stillhaltefrist, wenn nur ein (ausschreibungskonformes) Angebot eingelangt ist)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Vergabevermerk bzw. Widerrufsvermerk**
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags (im Oberschwellenbereich)
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Oberschwellenbereich im Vorjahr an den BMWA zur Weiterleitung an die Europäische Kommission

10.1.4.8 Direktvergabe

- allenfalls: **formfreie Einholung von unverbindlichen Preisauskünften**
- **Vergabe des Auftrags**
- empfehlenswert: **Dokumentation der Gründe für die Direktvergabe**

10.1.4.9 Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen

- **Bekanntmachung** (wenn keine Ausnahmebestimmung anwendbar)
- **kein formalisiertes Verfahren**, Vergabe grundsätzlich in einem Verfahren mit mehreren Unternehmen, durch das ein angemessener Grad an Öffentlichkeit gewährleistet ist;
- formfreie Vergabe (Direktvergabe) bei einem Auftragswert unter EUR 40.000,00 (netto), bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung mit nur einem Bieter
- **Prüfung der Angebote**
 - allenfalls: **Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung**
 - **Stillhaltefrist** (keine gesetzlich festgelegte Frist, diese hat „angemessen“ zu sein)
 - **Widerruf**
- **Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung** (und der Gründe für die Ablehnung der nicht zum Zug gekommenen Angebote)
- **Stillhaltefrist** (keine gesetzlich festgelegte Frist, diese hat „angemessen“ zu sein)
- **Zuschlagserteilung** (nach Ablauf der Zuschlagsfrist ist eine Annahmeerklärung des Bieters zum Vertragsschluss erforderlich)
- **Bekanntgabe** des vergebenen Auftrags (im Oberschwellenbereich)
- jährlich bis 31.8.: **Übermittlung statistischer Aufstellungen** über Auftragsvergaben im Ober-

schwollenbereich im Vorjahr an den BMWA zur
Weiterleitung an die Europäische Kommission